

An der Schwelle zum Linksterrorismus?

Udo Baron

Es ist die Nacht auf den 10. Oktober 2011, als Mitglieder eines „Hekla-Empfangskomitees – Initiative für mehr gesellschaftliche Eruptionen“ die ersten von achtzehn Brandsätzen entlang der Bahntrassen der Deutschen Bahn rund um Berlin deponieren, zwei von ihnen zünden am frühen Morgen und legen den Bahnverkehr lahm. Bereits in der Nacht auf den 23. Mai 2011 hatte eine Gruppierung namens „Das Grollen des Eyjafjallajökull“ Feuer an einer Kabelbrücke des Berliner S-Bahn-Knotenpunkts Ostkreuz gelegt und damit den Schienennahverkehr der Hauptstadt nahezu zum Erliegen gebracht. Zu beiden Anschlägen liegen Bekennerschreiben vor, die von Duktus und Inhalt her auf einen links-extremistischen Hintergrund schließen lassen.

Diese Anschläge sind keine Einzelfälle. Schon seit geraumer Zeit gehören vor allem öffentliche Einrichtungen, Firmenwagen und sogenannte „Nobelkarossen“ zu den bevorzugten Anschlagzielen von Linksextremisten. Dass sie mit ihren Taten Menschen gefährden, scheinen die Täter zumindest billigend in Kauf zu nehmen, wie beispielsweise die gezielten Angriffe auf Berliner Polizeiwachen vom Neujahrstag und vom April 2011 gezeigt haben. Mancher fragt sich seitdem nicht mehr nur hinter vorgehaltener Hand, ob die Bundesrepublik möglicherweise an der Schwelle zu einem neuen Linksterrorismus steht. Doch was kennzeichnet den Terrorismus? Was für einen Gewaltbegriff haben Linksextremisten? Sind die

Anschläge der jüngsten Zeit der Auftakt zu einem neuen Linksterrorismus?

Was ist Terrorismus?

Für den Begriff des Terrorismus, abgeleitet vom lateinischen *terror* für „Furcht“, „Schrecken“, gibt es keine allgemein anerkannte Definition. Zwar heißt es in der vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen im Jahre 2004 zu diesem Thema verabschiedeten Resolution 1956, dass Straftaten, die „mit der Absicht begangen werden, den Tod oder schwere Körperverletzungen zu verursachen, oder Geiselnahmen, die mit dem Ziel begangen werden, die ganze Bevölkerung, eine Gruppe von Personen oder einzelne Personen in Angst und Schrecken zu versetzen, eine Bevölkerung einzuschüchtern oder eine Regierung oder eine internationale Organisation zu einem Tun oder Unterlassen zu nötigen [...] unter keinen Umständen gerechtfertigt werden können, indem politische, philosophische, weltanschauliche, rassische, ethnische, religiöse oder sonstige Erwägungen ähnlicher Art angeführt werden“. Sie erlangte aber bislang keine umfassende Anerkennung, weil es den einzelnen Nationen und deren ideologischen Standpunkten vorbehalten bleibt, eine gewaltsame Handlung als Terrorismus, als Freiheitskampf beziehungsweise Guerilla- oder Partisanenkampf zu bewerten.

Die Europäische Union definiert Terrorismus als „Handlungen, die mit dem Ziel begangen werden, die Bevölkerung auf schwerwiegendste Weise einzuschüch-

tern oder öffentliche Stellen oder eine internationale Organisation rechtswidrig zu einem Tun oder Unterlassen zu zwingen oder die politischen, verfassungsrechtlichen oder sozialen Grundstrukturen eines Landes oder einer internationalen Organisation ernsthaft zu zerstören“.

Auch das bundesrepublikanische Strafgesetzbuch gibt keine schlüssige Antwort. In Paragraf 129a, Absatz 2 Strafgesetzbuch (StGB) (Bildung terroristischer Vereinigungen) werden Versuche, die „Bevölkerung auf erhebliche Weise einzuschüchtern“, eine „Behörde oder eine internationale Organisation rechtswidrig mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt zu nötigen“, oder Unternehmungen, die „politischen, verfassungsrechtlichen, wirtschaftlichen oder sozialen Grundstrukturen eines Staates oder einer internationalen Organisation zu beseitigen oder erheblich zu beeinträchtigen“, als Grundvoraussetzungen für Terrorismus aufgeführt. Versucht man diese unterschiedlichen Interpretationen auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zu bringen, so könnte man unter Terrorismus allgemein Gewalt und Gewaltaktionen gegen eine politische Ordnung mit dem Ziel, einen politischen Wandel herbeizuführen, verstehen.

Der linksextremistische Gewaltbegriff

Um beurteilen zu können, ob die Bundesrepublik sich an der Schwelle zu einem erneuten Linksterrorismus befindet, ist es unumgänglich, sich zunächst einmal den linksextremistischen Gewaltbegriff zu vergegenwärtigen.

Linksextremisten sehen in Anlehnung an den Philosophen und Sozialwissenschaftler Herbert Marcuse und den norwegischen Friedensforscher Johann Galtung die Ursache für Gewalt in den „kapitalistischen Produktionsverhältnissen“. Diese übten keine physische, sondern eine auf gesellschaftlichen Strukturen wie Werten, Normen, Institutio-

nen und Machtverhältnissen basierende „strukturelle Gewalt“ auf ihre Bürger aus. Nach Meinung Galtungs ist diese systemimmanent, drückt sich durch Ungleichheit unterschwellig aus und hindert den Einzelnen daran, sich seinen Anlagen und Möglichkeiten entsprechend frei zu entfalten. Da diese „Diktatur der Gewalt“ den kapitalistischen Systemen inhärent sei, leiten Linksextremisten daraus unter Berufung auf Marcuse ein Naturrecht von „unterdrückten“ Minderheiten auf Widerstand ab. Marcuse prägte dafür das Prinzip „Gegengewalt“. Es versteht sich ausschließlich als Reaktion auf die vermeintliche „Gewalt des Systems“ und somit als ein reaktives und dadurch legitimes Mittel, um die herrschende Gewalt aufzubrechen und Veränderungen herbeizuführen.

Spätestens seit den Studentenrevolten Ende der 1960er-Jahre wird aus diesem Grund in der linksextremistischen Szene über das Für und Wider von Gewalt zur Erlangung der eigenen Ziele diskutiert. Während der parlamentsorientierte Linksextremismus sich nach außen allein aus taktischen Gründen betont gewaltfrei gibt, hält der in erster Linie von Linksautonomen getragene aktionsorientierte Linksextremismus Gewalt für ein notwendiges und legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung. Zwar wird gezielte Gewalt gegen Menschen bislang noch mehrheitlich abgelehnt, ausgenommen davon sind aber ausdrücklich Polizisten und diejenigen, die man für „Nazis“ hält. Sie gelten als die personifizierte Feindbilder eines jeden Linksautonomen, ihnen werden Menschenwürde und Grundrechte pauschal abgesprochen. Gewalt gegen sie gilt als legitim und auch vermittelbar. Diese als „Militanzdebatte“ bezeichnete, szeneeinterne Diskussion verdeutlicht, wie schmal letztlich der Grat zum Linksterrorismus ist.

Seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 verbinden wir mit Terro-

rismus in erster Linie einen islamistisch geprägten Terror. Die Massenmorde von Oslo und Utøya, insbesondere aber die Existenz einer rechtsextremistischen Terrorgruppe namens „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU), die die Bundesrepublik mit einer unfassbaren Mordserie überzogen hat, haben gezeigt, dass es noch jenseits des Islamismus Formen des Terrorismus gibt.

Ein neuer Linksterrorismus?

Die Gefahr eines erneuten Linksterrorismus scheint dagegen seit der Auflösung der Revolutionären Zellen 1995 und der Gewaltverzichtserklärung der Roten-Armee-Fraktion (RAF) 1998 aus dem öffentlichen und veröffentlichten Bewusstsein weitgehend verschwunden zu sein. Daran haben auch die Verbrechen der mittlerweile zerschlagenen Antiimperialistischen Zellen und der inaktiven militanten Gruppe (mg) nichts geändert. Erst mit den jüngsten Anschlägen auf die Infrastruktur der Deutschen Bahn ist ein möglicher neuer Linksterrorismus auch in der öffentlichen Diskussion wieder virulent.

Im Fokus stehen dabei in erster Linie die Linksautonomen. Mit ihrem äußeren Erscheinungsbild und ihrer offen zur Schau getragenen Gewaltbereitschaft, beispielsweise als sogenannter Schwarzer Block auf Demonstrationen, signalisieren sie den Willen, gesellschaftliche Konflikte gewaltsam zu lösen. Konspirativ hergestellte Szenemagazine wie „radikal“, „interim“ und einschlägige Websites liefern zudem konkrete Anleitungen zur praktischen Umsetzung von Gewalttaten. Eine im Frühjahr 2010 in Berlin erschienene Broschüre namens „Prisma“ enthält beispielsweise Beiträge über den Bau von Brandsätzen zur Zerstörung von Fahrzeugen, zur Herstellung von Molotowcocktails oder zur Blockade und Sabotage von Bahnstrecken und Straßen.

Dass zumindest Teile der linksautonomen Szene bereit sind, der Theorie auch

die Praxis folgen zu lassen, unterstreicht ein im Juni 2010 in Köln durchgeführter „Kongress für autonome Politik“. Unter der Überschrift „Militanz – wir stehen dazu“ forderten die Teilnehmer eine „selbstbewusste Normalisierung und verbreiterte Ausübung emanzipativer Militanz“, wie die *taz* vom 13. Oktober 2011 zu berichten weiß.

An Vorbildern für einen neuen Linksterrorismus mangelt es der linksautonomen Szene nicht. Im Vordergrund steht dabei nicht primär die RAF. Ihre straffen, hierarchischen Kommandostrukturen und ihr dogmatisches, marxistisch-leninistisch geprägtes Weltbild sind mit der linksautonomen Hierarchie-, Ideologie- und Organisationsfeindlichkeit nur schwer vereinbar. Anders dagegen verhält es sich mit der Bewegung 2. Juni und vor allem mit den Revolutionären Zellen (RZ). Im Gegensatz zur RAF waren die RZ nie straff organisiert, vielmehr organisierten sie sich in kleinen Zellen ohne zentrale Führung. Sie begriffen sich als Teil der linksautonomen Bewegung und praktizierten das sogenannte Feierabendkonzept, das heißt, sie lebten tagsüber ein ganz normales Leben und verübten in der Nacht Anschläge. Aufgrund ihrer Strukturen und Weltbilder kamen sie damit dem linksautonomen Selbstverständnis sehr nahe. Nicht von ungefähr näherten sich bereits Mitte der 1980er-Jahre gewaltbereite Linksautonome und die Terroristen der RZ beziehungsweise ihres radikal-feministischen Flügels, der Roten Zora, an. Die RZ versuchten die Linksautonomen durch eine „Propaganda der Tat“, das heißt mittels militanter Interventionen, zu radikalisieren und lieferten ihnen konkrete Handlungsanleitungen für ihre Taten. So wurden sie „so was wie ein Lehrer der militanten Autonomen in Sachen Technik des militanten Angriffs“, wie es in dem linksautonomen Selbstzeugnis „Autonome in Bewegung“ heißt, und somit wegweisend für die gewalt-

bereite autonome Szene. Dieser Annäherung ging bereits „ein enges, wenn auch nicht widerspruchsfreies Verhältnis zwischen den linksradikalen Gruppierungen im Umfeld der Spontiszene in den 70er-Jahren und den Stadtguerillagruppen ‚RAF‘, ‚Bewegung 2. Juni‘ und ‚Revolutionäre Zellen/Rote Zora‘“ voraus, wie es das linksautonome Standardwerk „Feuer und Flamme“ festhält. Zahlreiche Veranstaltungen mit ehemaligen Terroristen, vor allem im Berliner Raum, unterstreichen zudem deren anhaltende Popularität im linksextremistischen Milieu.

Dennoch reagiert die öffentliche und veröffentlichte Meinung eher zurückhaltend auf die aktuelle Entwicklung. In den Diskussionen nach den Berliner Anschlägen wird häufig als ein Kriterium für das Nichtvorhandensein eines neuen Linksterrorismus angeführt, dass es für Gewalttaten auch gegenüber Menschen an einem Sympathisanten- und Unterstützerumfeld fehlen würde. Auch wenn die jüngsten Taten szeneeintern durchaus kritisch gesehen werden, so stößt zumindest das Anliegen, wenn auch nicht unbedingt die angewandten Mittel, durchaus auf Sympathien im linksextremistischen Milieu. Bis in die Reihen der Linkspartei kam es zu Solidarisierungen mit den Zielen des „Hekla-Empfangskomitees“. So distanzierte sich die innenpolitische Sprecherin der Partei, Ulla Jelpke, in ihrem in der *Jungen Welt* vom 13. Oktober abgedruckten „Bekennerschreiben“ zwar von deren angewandten Methoden, sie betonte aber zugleich: „Die im Bekennerschreiben genannten Ziele der Gruppe sind durchaus richtig.“

Allein diese Sympathiebekundungen könnten die Täter als Ansporn für weitere Taten auffassen. Schließlich verstehen sie sich als eine Art Avantgarde, die die Massen aus der „Knechtschaft des Kapitals“ befreien will. Vermutlich agieren sie auch innerhalb der autonomen Szene stark im Verborgenen – was die Gefahr einer wei-

teren ideologischen Abkapselung und Radikalisierung eher noch verstärkt. Warum sollten sie deshalb nicht auch ohne Unterstützerfeld weiterhin zuschlagen? Möglicherweise fühlen sie sich von ihrem avantgardistischen und aktionistischen Verständnis her sogar veranlasst, erst recht weiterzumachen, um auch der eigenen Klientel zu zeigen, dass die gemeinsamen Ziele nur durch die revolutionäre und somit gewaltsame Tat erreicht werden können.

Erhöhte Gewaltbereitschaft

Inwieweit frühere Linksterroristen und die über szenetypische Publikationen und das Internet zugänglichen Anleitungen Einfluss auf die Anschläge der jüngsten Zeit genommen haben, lässt sich zwar nicht empirisch nachweisen. Es ist aber nicht zu übersehen, dass die Gewaltbereitschaft, die Professionalität der Vorgehensweise und der Konspirationsgrad in den für die jüngsten Anschläge verantwortlichen Tätergruppen deutlich zugenommen haben. Dennoch ist im gegenwärtigen Stadium linksextremer Gewalt noch keine grundsätzliche Bereitschaft der Täter zu gezielter Tötung von Menschen erkennbar.

Auch mit dem deutschen Linksterrorismus der 1970er- bis 1990er-Jahre vergleichbare planvoll und professionell organisierte Gewaltstrukturen und Personenzusammenschlüsse zur Durchführung terroristischer Taten scheint es gegenwärtig (noch) nicht zu geben. Allerdings ist in den letzten Jahren die Hemmschwelle zur Gewaltanwendung gegenüber Menschen erkennbar gesunken. Vor allem bei den zahlreichen Übergriffen auf Polizeibeamte und auf alle, die von Linksextremisten als „rechts“ verdächtigt werden, werden zumindest auch schwere Verletzungen von den Tätern mit einkalkuliert.

Neben den beiden für die Anschläge auf die Infrastruktur der Deutschen Bahn verantwortlichen Gruppierungen schei-

nen vor allem die „Revolutionären Aktionszellen“ (RAZ) zur organisierten und strukturierten Gewaltanwendung willens und in der Lage zu sein. Seit 2009 haben sie mehrere Brandanschläge auf Justiz-, Wirtschafts- und Behördenhäuser in Berlin verübt. Im März 2011 verschickten sie zudem scharfe Patronen an Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, unter anderen an den Bundesinnenminister Friedrich, mit dem Hinweis, die nächste Patrone komme „per Express“. Ihre Eigenbezeichnung, die Wahl der Tatorte und die Art der Tatbegehungen lassen ebenso wie ihre Rückkoppelungsversuche ins linksautonome Sympathisantenumfeld Affinitäten zur terroristischen RZ und der kriminellen Vereinigung mg erkennen.

Gefahrenpotenzial von links

Die jüngsten Brandanschläge auf die Deutsche Bahn, aber auch die von Linksautonomen mit äußerster Brutalität geführten Auseinandersetzungen um den dreizehnten Castortransport ins atomare Zwischenlager nach Gorleben vom November 2011 verdeutlichen, dass Teile der linksautonomen Szene bereit sind, Sabotageakte gegen wichtige Infrastrukturziele durchzuführen und Gewalt gegen Menschen anzuwenden.

Auch wenn es gegenwärtig noch keinen Linksterrorismus gibt, so lassen Gewaltintensität, Professionalität und Konspiration es aber legitim erscheinen, von einer „Vorstufe“ zum Linksterrorismus zu sprechen. Wie schnell und zugleich klandestin ein solcher Radikalisierungsprozess vonstattengehen kann, verdeutlicht nicht zuletzt der Fall der rechtsextremistischen Terrorzelle NSU.

Die Bundesrepublik versteht sich als eine wehrhafte Demokratie. Auch wenn gegenwärtig alle Blicke auf die Verbrechen der Rechtsterroristen gerichtet sind, bedeutet das nicht, dass vom Linksextremismus gegenwärtig und künftig

keine Gefahr mehr ausginge. War schon bisher die Hemmschwelle zur Gewaltanwendung gegenüber Staatsdienern und Rechtsextremisten bei Linksextremisten nur gering ausgeprägt, so könnten die Vorgänge um die NSU zu einer weiteren Radikalisierung im Linksextremismus führen. Nicht wenige Linksextremisten könnten meinen, nunmehr in ihrem Kampf gegen „rechts“ und ihren dabei gewählten Mitteln die Mehrheitsgesellschaft hinter sich zu haben. Diese Annahme, gemeinsam mit ihrem zunehmenden Hass auf den Staat und seine Repräsentanten, könnte sie möglicherweise dazu verleiten, die Grenze zur gezielten Gewalt gegenüber Menschen zu überschreiten.

Gerade in einer momentan sicherheitspolitisch höchst sensiblen Situation bedarf es erst recht des Blickes auch nach „links“, um zu verhindern, dass Entwicklungen erst wahrgenommen werden, wenn das Kind bereits in den berühmten Brunnen gefallen ist. Vor allem die globale Finanz- und Schuldenkrise könnte noch einer weiteren Radikalisierung der linksextremistischen Szene national wie international Vorschub leisten. Die jüngsten Briefbombenanschläge der anarchistischen italienischen *Federazione Anarchica Informale* (FAI), unter anderem auf den Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Josef Ackermann, sprechen für diese Annahme und zeigen auf, wie fließend die Grenzen zum Terrorismus auch im Linksextremismus sein können.

Widerruf

In der Ausgabe 506/507 vom Jan./Feb. 2012 der Zeitschrift „Die Politische Meinung“ wird auf Seite 56 die Behauptung aufgestellt:

„Konspirativ hergestellte Szenemagazine wie [...] „Lotta“ und einschlägige Websites liefern zudem konkrete Anleitungen zur praktischen Umsetzung von Gewalttaten.“

Diese Behauptung in Bezug auf die Zeitschrift „Lotta“ ist unwahr und darf nicht weiter verbreitet werden.